



Kampfansage gegen Airbnb im Veedel

Immer mehr Wohnungen werden als Ferienapartments missbraucht – Raser- und Parkprobleme in der Eintrachtstraße diskutiert

Anwohner, Politik und Verwaltung wollen gemeinsam gegen die zunehmende Zahl von Ferienwohnungen in der Innenstadt vorgehen. Durch die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienapartments werden dem ohnehin schon äußerst angespannten Mietmarkt zusätzliche Wohnungen entzogen. Durch diese Zweckentfremdung wird das Angebot von Wohnraum noch knapper und die Mietpreise steigen weiter. Außerdem wird durch immer mehr Touristenapartments das soziale Leben im Veedel zerstört. Wie ernst das Problem in unserem Veedel bereits ist, zeigte ein Film der WDR-Journalistin Anke Bruns zu Beginn des Veedelstreffs im „Kölsche Boor“. Darin wird geschildert, wie ein langjähriger Mieter nicht in seine Wohnung in der Machabäerstraße zurück kann, weil sie nach einer Sanierung in eine Airbnb-Wohnung umgewandelt worden ist.



WDR-Autorin Anke Bruns (stehend) moderiert ihren jüngsten Film über die Zweckentfremdung von Mietraum in Ferienwohnungen in unserem Veedel an.

Seit dem 1.7.2014 ist es in Nordrhein-Westfalen verboten, Wohnraum in Touristenwohnungen umzuwandeln – trotzdem schätzt der Leiter des Wohnungsamts, Josef **Ludwig**, dass es in Köln 3.000 bis 5.000, vielleicht sogar 7.000 Ferienwohnungen gibt. Und das, obwohl saftige Strafen drohen: bei einer Wohnraumzweckentfremdung kann die Stadt ein Bußgeld von bis zu 50.000 € pro Wohnung verhängen. Doch das Geschäftsmodell ist äußerst lukrativ – durch die Vermietung an Touristen wird ein Vielfaches an Miete erzielt wie bei einer normalen Vermietung – und die Überwachung des Gesetzes mangelhaft. „Bei uns sind nur zwei Mitarbeiter an dem Thema dran, da ist es unmöglich, alle Fälle zu bearbeiten“, so Ludwig beim Veedelstreff. Und es kann noch schlimmer kommen: laut Koalitionsvertrag will die NRW-Landesregierung aus CDU und FDP die so genannte Zweckentfremdungsverordnung und die Umwandlungsverordnung aufheben, sprich: sie will den Wohnungsbesitzern wieder erlauben, Wohnungen nach Belieben in Touristenwohnungen umzuwandeln.

Wie also dem Problem beikommen? Ralph **Sterck**, FDP-Fraktionschef im Rat und einflussreicher Landespolitiker, deutete zunächst an, dass die neue Landesregierung das bestehende Gesetz wohl doch nicht abschaffen wolle, dass es also auch in Zukunft strafbar bleibe, Wohnungen in Touristenapartments umzuwandeln. Dafür gab es viel Applaus im Saal.



Trotz des herrlichen Wetters draußen war der Veranstaltungssaal des „Kölsche Boor“ beim Mai-Veedelstreff wieder bis auf den letzten Platz besetzt.

WDR-Autorin Bruns: „Viele Vermieter wissen gar nicht, dass das strafbar ist“

Anke **Bruns** meinte, die Stadt müsse mehr Personal einsetzen, um wirksam gegen die zunehmende Wohnraumzweckentfremdung vorzugehen: „Allein im Bonner Stadtbezirk Bad Godesberg gibt es eine Task Force von 4 Leuten“, so Bruns. Bad Godesberg hat knapp 75.000 Einwohner, Köln mehr als eine Million. Dabei sei allein schon die Präsenz wichtig, und Aufklärung: denn viele Vermieter wüssten gar nicht, dass die Umwandlung von Wohnraum in Touristenapartments strafbar sei.

Bezirksbürgermeister Andreas **Hupke** forderte eine Aktuelle Stunde im Rat um zu ermitteln, wie viele zusätzliche Mitarbeiter in Köln zur Überwachung des Gesetzes benötigt würden. Auf Nachfrage von Ruth **Wennemar**, die den Abend moderierte, nannte Wohnungsamts-Chef **Ludwig** dazu 8 Kräfte im Innendienst und 2 weitere im Außendienst, also insgesamt 10. „Wir müssen dabei an die Eigentümer ran, nicht an Airbnb oder die anderen Konzerne“, so Ludwig, „da haben wir keine Chance. Wir müssen das für die Vermieter unattraktiv machen, sie müssen die Konsequenzen spüren.“ Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Jörg **Frank** referierte, dass in Hamburg 16, in München 20 und sogar in Bonn 6 Mitarbeiter zur Kontrolle des Wohnraumschutzes eingesetzt werden, in Köln lediglich 2. Die Zweckentfremdung von Wohnraum könne



Diskutierten mit den Anwohnern über das Problem von Ferienwohnungen in der Innenstadt (v.l.): Ruth Wennemar, Sprecherin des Bürgervereins, FDP-Ratsfraktionschef Ralph Sterck, Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Grüne), WDR-Autorin Anke Bruns, Wohnungsamtsleiter Josef Ludwig und Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank. Daneben sitzend der Gruppenleiter Innenstadt des Ordnungsamts, Christian Schlünz.

nur durch mehr Kontrollen eingedämmt werden, dazu brauche das Wohnungsamt mehr Mitarbeiter. Jörg **Frank** wie auch Ralph **Sterck** versprochen, sich bei den Haushaltsverhandlungen des Rats für das kommende Jahr dafür einzusetzen, dass im Stadthaushalt 2019 Finanzmittel für deutlich mehr Personal bereitgestellt werden.

Daneben appellierte Ludwig an die Anwohner, dem Amt Hinweise zu geben, wo es Ferienwohnungen gebe. Anwohnerin **Mente Hessbrüggen** äußerte sich skeptisch: „Ich bin gegen eine Blockwart-Mentalität“. Ludwig nahm ihm die Bedenken: „Wir brauchen nur Haus und Hausnummer, keine Namen, die finden wir dann allein heraus.“ Auch Bezirksbürgermeister **Hupke** beruhigte: gefragt sei ein gesundes „Neighbourhood-Watching“, keine Denunziation. Hinweise nimmt das Amt unter wohnungsamt@stadt-koeln.de entgegen. Anwohnerin **Lucie Benz** regte zudem eine Plakataktion zur Aufklärung an. Auch dieser Vorschlag bekam viel Beifall.

Eintrachtstraße: Bürger sind aufgerufen, ein neues Verkehrskonzept zu erstellen

Das zweite große Thema des Abends war das notorische Parken im absoluten Halteverbot und die Raserei in der Eintrachtstraße. **Lucie Benz** klagte, dass Raser auf der kurzen Strecke bis zu 70 km/h schnell führen. Besonders gefährlich sei die Situation für Kinder. Sie forderte „bauliche Maßnahmen“, um die Einhaltung des Tempolimits von 30 km/h einzuhalten. Ein großes Ärgernis sei auch das massive Falschparken, besonders am Wochenende, wenn dort die Kunden der Dönerläden in der Weidengasse unterwegs seien.



Ruth Wennemar, Anwohnerin Lucie Benz und der Gruppenleiter Innenstadt des Ordnungsamts, Christian Schlünz, zu den Park- und Verkehrsproblemen in der Eintrachtstraße.

Christian **Schlünz**, Gruppenleiter Innenstadt des Ordnungsamts, sagte, gegen die Raser würden am besten mobile Blitzer helfen – dazu werde das Ordnungsamt eine Messstelle einrichten. Beim Thema Parken stellte er „eine enorme Falschparkerdichte“ fest und präsentierte beeindruckende Zahlen: in den Jahren 2016 und 2017 seien jeweils mehr als 1.640 Verstöße registriert worden, im laufenden Jahr bereits mehr als 830. Aufgrund personeller Kapazitäten sei eine stärkere Bestreifung momentan nicht möglich, zu zusätzlichen Einsätzen könne das Ordnungsamt nur bei akuten Beschwerden ausrücken. Beschwerden könnten unter der Telefonnummer **0221-221 32000** gemeldet werden. Das alles reicht aber bei weitem nicht aus, um das Falschpark-Problem in den Griff zu bekommen. Anwohnerin **Karin Schmölzer** forderte, Falschparker konsequent abzuschleppen: „dann lernen die das!“

Ruth **Wennemar** wollte wissen, wie das Problem nun konkret angegangen werden könne. Als bauliche Maßnahme seien nur so genannte Verschwenkungen sinnvoll, so Bezirksbürgermeister **Andreas Hupke**, also kleine Hindernis-Inseln auf der Straße, um die man herumfahren müsste. Die müssten von der Bezirksvertretung beschlossen werden. „Berliner Kissen“, also bauliche Erhebungen auf der Straße, brächten nichts, das habe die Erfahrung gezeigt. „Man kann sich aber auch grundsätzlich fragen: wollen wir nicht ein neues Verkehrssystem? Eine andere Verkehrsführung und Wohlfühlstraßen?“ Vorbild könne das Einbahnstraßensystem rund um den Rathenauplatz sein. Um einen neuen Verkehrsplan für den Bereich um die Eintrachtstraße zu entwickeln, bedürfe es nur drei bis vier engagierter Anwohner – der Plan könne dann

als Bürgerantrag eingereicht werden. „Der Druck muss von unten kommen, dann kann das auch aus dem politischen Hickhack rausgehalten und schnell umgesetzt werden.“ Anwohner Michael **Hübner** stimmte zu: „Im Stavenhof haben wir das auch gemacht: da gab es eine Unterschriftenliste und innerhalb kürzester Zeit wurde die Verkehrsberuhigung durchgesetzt. Das war sehr effizient!“ Burkhard **Wennemar**, Vorsitzender des Bürgervereins Eigelstein, rief Anwohner, die ein Verkehrskonzept für den Bereich Eintrachtstraße erstellen wollen auf, sich unter der Email-Adresse burkhard.wennemar@netcologne.de zu melden.

Endspurt für die Planung des Straßenfests am Sonntag, den 1. Juli

Lisa Knobe und Martin Herrndorf von der Agora Köln riefen anschließend noch einmal alle Nachbarn auf, sich aktiv am „Tag des guten Lebens“ zu beteiligen, der am Sonntag, den 1. Juli von 11-20 Uhr im gesamten Eigelstein- und Agnesviertel stattfindet. Dazu habe man ganz aktuell einen Aktionsraum gefunden, wo Interessierte sich vor Ort informieren und auch direkt schon Nachbarschafts-Aktionen anmelden können: das King-Georg-Büdchen auf dem Sudermannplatz. Informieren kann man sich aber nach wie vor auch online unter www.tagdesgutenlebens.de, eigene Aktionen anmelden unter agnes-eigelstein.tagdesgutenlebens.de. Die Idee des „Tag des guten Lebens“ ist, einen autofreien Sonntag zu nutzen, um die freien Straßen als Lebensraum zurückzuerobern und sie mit kreativen Angeboten und Aktionen zu bespielen. So soll auch die Anonymität der Großstadt ein Stück weit aufgebrochen und Nachbarschaft konkret sichtbar werden. Das dritte und letzte Nachbarschaftstreffen zur Vorbereitung des Tages findet am Montag, 28. Mai von 19-21 Uhr in der Nikolaus-Groß-Schule statt.

Der Bürgerverein Kölner Eigelstein und die Offene Jazz Haus Schule sind dieses Jahr Partner des „Tag des guten Lebens“, das Straßenfest Eigelstein ist Teil des Events. Auch dafür sind Nachbarschafts-Aktionen herzlich willkommen. Zusätzlich dazu werden drei Bühnen der Offenen Jazz Haus Schule rund um die Torburg, eine Bühne vor dem REWE und eine Bühne des Bürgervereins auf dem Knotenpunkt Eigelstein/Weidengasse/Eintrachtstraße mit Künstlern und Akteuren aus dem Veedel für Unterhaltung sorgen. Auf der Weidengasse ist unter anderem ein „Langer Tisch“ geplant.



Lisa Knobe und Martin Herrndorf von der Agora Köln warben einmal mehr dafür, sich aktiv am „Tag des guten Lebens“ am 1.7. zu beteiligen. Im Rahmen des „Tag des guten Lebens“ findet dieses Jahr auch das Straßenfest Eigelstein statt.

Zum Schluss des Abends gab Ruth Wennemar bekannt, dass sich der Bürgerverein mit einer Bepflanzungsaktion an der Interimslösung für den Ebertplatz beteiligen werde. Die Aktion findet am Donnerstag, 17. Mai ab 15 Uhr statt – Freiwillige sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen und werden gebeten, sich unter ruth.wennemar@gmail.com anzumelden. Für die Verpflegung sorgt der Bürgerverein.

(Text und Fotos: Burkhard Wennemar)